

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

Kurz kommentiert: Innerdeutscher Handel - USA - VR  
China - Seerechtskonferenz - Dritte Entwicklungsdekade

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: Innerdeutscher Handel - USA - VR China - Seerechtskonferenz - Dritte Entwicklungsdekade, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 9, pp. 417-418

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135475>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Innerdeutscher Handel

### Optimistische Prognose

---

Die Absage des Treffens von Schmidt und Honecker signalisiert keine Krise der deutsch-deutschen Beziehungen. Ein Indiz hierfür ist nicht allein der Tatbestand, daß die Absagebegründung des Kanzlers im Neuen Deutschland zum Teil wortgetreu abgedruckt wurde. Bonn und Ost-Berlin weisen darüber hinaus gemeinsam befriedigt auf die gute Entwicklung des Handelsaustausches zwischen beiden deutschen Staaten im ersten Halbjahr 1980 hin und werten dies als ein positives Omen für den weiteren Ausbau der politischen und ökonomischen Beziehungen.

Beide Seiten haben gute Gründe, die Voraussetzungen für eine weiterhin entspannte Atmosphäre zu schaffen. Die DDR zieht u. a. aus dem besonderen Status des innerdeutschen Handels – der Quasi-Einbindung in die EG, dem Swing, den besonderen steuerlichen Regelungen usw. – ökonomische Vorteile, deren Höhe trotz mancher Versuche kaum zu quantifizieren sein dürfte. Doch auch für Bonn zählen nicht allein politische Erwägungen – wie die sichere Versorgung West-Berlins, die Hoffnung auf einen weiteren Ausbau der menschlichen Erleichterungen in der DDR usw. –, sondern auch handfeste ökonomische Interessen.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abschwächung in der Bundesrepublik dürfte nämlich ein Handelsbilanzüberschuß der DDR in Höhe von 273 Mill. Verrechnungseinheiten (gleich DM) positiv bewertet werden, da damit die Bezugsmöglichkeiten Ost-Berlins steigen. Denn laut dem Berliner Abkommen können die „quasi verdienten Devisen“ aus dem innerdeutschen Handel nicht im internationalen, sondern nur im deutsch-deutschen Zahlungsverkehr Verwendung finden. Überdies zeichnet sich ab, daß ein „beachtlicher Teil“ der im neuen VI. Fünfjahrplan (1981-85) vorgesehenen Großprojekte von westdeutschen Firmen erstellt werden soll. Ein gutes politisches Klima kann diese Vorhaben absichern. pl

## USA

### Steuerpolitische Wahlversprechen

---

Nach dem großzügigen Steuersenkungsversprechen seines Konkurrenten Reagan um das Präsidentenamt hat nun auch Carter ein Programm vorgelegt, mit dem im Falle seiner Wiederwahl die Rezession überwun-

den und die Wachstumsbedingungen in den USA verbessert werden sollen. Dabei ist es zu einem seltsamen Frontwechsel gekommen: Während die tendenziell mehr unternehmerfreundlichen Republikaner eine allgemeine Senkung der Einkommensteuer um jeweils 10 % in den nächsten drei Jahren planen, sehen die Vorschläge der mehr arbeitnehmerorientierten Demokraten neben einer allgemeinen Steuersenkung eine stärkere Förderung der Investitionen vor. Da die von Carter angekündigten Maßnahmen erst allmählich anlaufen sollen, wäre die Budgetbelastung für das kommende Haushaltsjahr – anders als im Falle einer Wahl von Reagan – noch relativ gering und nähme dann bis 1985 zu.

Wenn auch in beiden Fällen die Wahloptik sicherlich nicht unbedingt der beste Ratgeber war, so wird das Programm Carters der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der USA doch in mancherlei Hinsicht eher gerecht. Das gilt einmal für die Förderung der Investitionen. Denn es ist recht zweifelhaft, ob die von Reagan geplanten Steuersenkungen hier einen so starken anregenden Effekt haben, wie es die zugrunde gelegten Hypothesen behaupten. Zum anderen trägt die vorgesehene zeitliche Verteilung der Maßnahmen im Programm Carters der nach wie vor dringlichen Eindämmung der Inflation in einem stärkeren Maße Rechnung. Diese Berücksichtigung der jüngsten wirtschaftspolitischen Erfahrungen ist nach den ersten Reaktionen nicht in der Öffentlichkeit „angekommen“. Noch bleibt dem Präsidenten jedoch die Zeit, dem Wahlvolk die eigene Einsicht in die Vorzüge einer stärker stabilisierungsorientierten wirtschaftspolitischen Perspektive zu vermitteln. wt

## VR China

### Mehr Lenkung durch den Markt

---

In Peking diskutierte der Nationale Volkskongreß auf seiner jüngsten Tagung auch grundlegende Fragen der Ordnungspolitik. Die chinesische Wirtschaftsführung ist heute der Ansicht, daß die bisherige stark zentralisierte Planungs- und Lenkungs politik zu starr und unbeweglich ist, um die wirtschaftlichen Entwicklungsziele Chinas zu realisieren. Die bürokratischen Planungsbehörden seien zu weit weg vom Wirtschaftsprozess, würden nur ungenügend die Bedarfssituation der Betriebe und Verbraucher kennen und seien nicht flexibel genug, um schnell auf Fehlentwicklungen zu reagieren – so der Tenor der offiziellen Verlautbarungen.

Nach den neuen ordnungspolitischen Vorstellungen ist daher vor allem beabsichtigt, verstärkt Entscheidungskompetenzen von den zentralen Planungsabteilungen an die Staatsbetriebe zu delegieren. Dadurch soll eine Lenkung der Wirtschaft erreicht werden, die besser an den Bedürfnissen orientiert ist. Dies würde die bisherige Trennung von Planung und Lenkung einerseits und Ausführung andererseits zumindest partiell aufheben. Dabei sollen materielle Anreize, die an das Betriebsergebnis gekoppelt sind, die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme schaffen. Auch sollen die erwirtschafteten Gewinne der Betriebe nicht mehr vollständig an den Staat abgeführt werden, sondern zum Teil im Betrieb verbleiben.

Positiv zu werten ist auf alle Fälle die Bereitschaft zu Experimenten. Eingefahrene Bahnen, die sich im Hinblick auf die Ergebnisse als unbefriedigend erwiesen haben, werden verlassen, um neue, für eine rasche Wirtschaftsentwicklung geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Die sozialistische Grundordnung wird dabei ausdrücklich nicht in Frage gestellt. Bis zu welchen Grenzen sich marktwirtschaftliche Elemente in das planwirtschaftliche System Chinas integrieren lassen, bleibt jedoch abzuwarten. kwi

### **Seerechtskonferenz**

#### **Abschluß in Sicht**

Der Knoten scheint endgültig geplatzt zu sein: Die 3. UN-Seerechtskonferenz, der „größte Verteilungskampf der Geschichte“, geht nach siebenjährigem Sitzungsmarathon nun wohl ihrem Ende entgegen. Diese Hoffnung wird durch die Fortschritte genährt, die bei der Ende August abgeschlossenen 9. Session erzielt wurden.

Für den Rat der internationalen Meeresbodenbehörde, die die Produktion und die Verteilung der in der Tiefsee in ungeheuren Mengen lagernden Rohstoffe regeln soll, ist jetzt der lang ersehnte Abstimmungsmodus gefunden worden. Er sieht – je nach der Relevanz der anstehenden Frage – abgestufte Mehrheiten von der einfachen Mehrheit bis hin zum Vetorecht jedes einzelnen Staates vor. Zwar konnten die Industrieländer wie in den Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds der UNCTAD eine generelle Majorisierung durch die Entwicklungsländer verhindern, sie mußten jedoch einer Beschränkung der marinen zugunsten der terrestrischen Rohstoffproduktion, dem Zwangstransfer mariner Technologie zugunsten der Meeresbodenbehörde und einer erheblichen Abgabenbelastung der privaten Bergbauunternehmen zustimmen.

Dennoch bleibt angesichts der weiterhin ungelösten Probleme eine gewisse Unsicherheit über das Ende der Konferenz, das für 1981 vorgesehen ist. Noch im-

mer steht die Abgrenzung von Meereszonen eng benachbarter Staaten und die Festlegung der Festlandssockelgrenze jenseits der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone auf der Tagesordnung. Nicht auszuschließen ist auch ein kräftiger Katzenjammer derjenigen, die in diesem Verteilungsspiel auf der Verliererseite stehen: die geographisch benachteiligten Länder, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehört. Sie muß es in einem besonderen Maße bereuen, die Seerechtskonferenz zu Beginn als rein juristische Veranstaltung mißdeutet und ihre ökonomischen Implikationen unterschätzt zu haben. bo

### **Dritte Entwicklungsdekade**

#### **Wenig verheißungsvoller Auftakt**

Der erste Eindruck von der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, auf der eine Entwicklungsstrategie für das kommende Jahrzehnt beraten wurde, vermittelt das Bild einer unveränderten Uneinigkeit zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Dies überrascht nach dem Verlauf der Vorbereitungskonferenzen nicht, bei denen nicht einmal über die Tagesordnung Einigkeit erzielt werden konnte.

Aus dieser festgefahrenen Situation sollen – so die Reden auf der 11. Sondergeneralversammlung – Beratungen über die weltweit drängenden Probleme der Energieversorgung und der Nahrungsmittelerzeugung und -verteilung herausführen. Aktionsprogramme oder Maßnahmenvorschläge für die Energie- und Nahrungsmittelversorgung wurden auf der Sondergeneralversammlung jedoch nicht verabschiedet. Denn einerseits weigern sich die OPEC-Staaten bislang mit Erfolg, Energieprobleme überhaupt auf UN-Konferenzen zu behandeln. Und für das Ernährungsproblem scheint andererseits die rechte Begeisterung nach den Vereinbarungen über den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, der noch nicht so richtig wirksam ist, verfolgt zu sein.

Somit scheint die Sondergeneralversammlung für die Dritte Entwicklungsdekade den Status quo gegen den Willen der Entwicklungsländer, die umfassende Angebote der Industrieländer beim Ressourcentransfer für nur recht und billig halten, festgeschrieben zu haben. Doch auch die Industrieländer können beim Status quo in den Nord-Süd-Beziehungen nicht viel gewinnen, da für sie die Risiken zunehmen, daß die Entwicklungsländer ihre Forderungen zur Neuen Weltwirtschaftsordnung einseitig durchsetzen. Herausführen können aus dieser für alle Beteiligten unbefriedigenden Situation nur die an sich banale Erkenntnis, daß die Industrie- und die Entwicklungsländer langfristig zusammenarbeiten *müssen*, und die Bereitschaft, dies auch zu tun. mk